

KOMMENTAR

Negativismus bei der Bewertung von Regierung, Opposition und der gesellschaftlichen Entwicklung

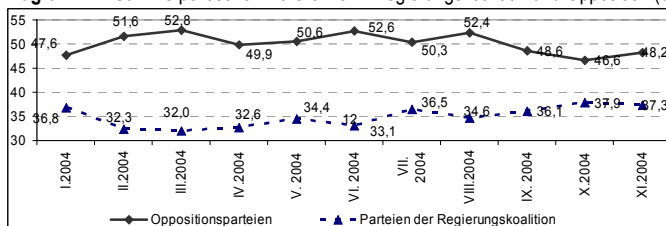
(Karol Morvay, morvay@mesa10.sk)

Der fünfzehnte Jahrestag des Falls des totalitären Regimes in der Slowakei war ein Anlass zur Untersuchung der Launen und Standpunkte in der Gesellschaft. Mehrere Agenturen führten Umfragen durch. Die Ergebnisse haben nicht überrascht, sondern die fortwährend negative Sicht der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Bürger bestätigt. Fast 59% der Bürger sind mit der Entwicklung nach November 1989 unzufrieden, etwas weniger als bei ähnlichen Umfragen im Jahre 1994 (d.h. 5 Jahre nach dem Wandel des Gesellschaftssystems) und 1999 (nach 10 Jahren). Dies geht aus der Umfrage der Agentur MVK hervor. Ein mäßiger Rückgang der Anzahl von Unzufriedenen bedeutet jedoch nicht einen Anstieg der Zahl von Zufriedenen: Dieser ist nämlich ebenso gesunken und erreichte nur 10,3%. Der Anteil Gleichgültiger ist nämlich bedeutend gestiegen.

Laut MVK ist die Anzahl jener Leute relativ wenig gestiegen, die meinen, die heutige Ordnung hätte mehr Mängel als das sozialistische System vor 1989. Bis zu 65,1% der Befragten gaben an, die heutige Ordnung hätte mehr Fehler als die vorangegangenen und nur 4% sagten, dass ihre mit dem Systemwandel verbundenen Erwartungen erfüllt worden wären. Nach den Interpretationen von Politologen droht in den kommenden Wahlen noch immer die potenzielle Gefahr eines Erfolgs populistischer und extremistischer Parteien. Wir wollen jedoch darauf hinweisen, dass ein hoher Prozentsatz Unzufriedener nicht automatisch einen Sieg solcher Parteien in Zukunft bedeutet. Das bekundete Maß an Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Gesellschaft bedeutet nicht ein gleiches Maß an Nostalgie nach den Zeiten vor November 1989. Die negative Bewertung konnte zum Teil durch die gerade laufenden Reformen beeinflusst worden sein, die alle im kurzen Zeitraum erfolgen und von den Bürgern als schmerzhaft empfunden werden.

Auch die Umfrage der Brüsseler Organisation CEORG, die die öffentliche Meinung in Mitteleuropa regelmäßig untersucht, zeigt, dass die Slowaken sehr kritisch sind. Unter den V4-Ländern wird nämlich ihre Regierung am kritischsten gesehen. 66% der Befragten äußerten sich negativ gegenüber 26,7%, die die Regierung positiv bewerteten. In allen V4-Ländern überwiegt jedoch eine negative Meinung, obwohl das Maß an Unzufriedenheit etwas geringer als in der Slowakei ist: In Tschechien ist das Verhältnis Unzufriedener und Zufriedener 60:34, in Ungarn 50:30, in Polen 44:25. Es ist jedoch festzuhalten, dass die slowakischen Bürger auch die Opposition negativ bewerten (53,6 % der Befragten äußert sich negativ über die Opposition). Das bedeutet, dass die Bürger Regierung und Opposition „ablehnen“. was zur Apathie bei den nächsten Wahlen führen kann.

Diagramm 1: Summe politischer Präferenzen - Regierungskoalition und Opposition (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikan der Slowakischen Republik

ÜBERSICHT

KOMMENTAR

Negativismus bei der Bewertung von Regierung, Opposition und der gesellschaftlichen Entwicklung.....1

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Vertragliche Bindung der Gewerkschaften an eine politische Partei gebannt...2
Ein weiterer Finanzskandal rund um die SDKÚ.....2
Ein Schritt in Richtung Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.....2
Der Oppositionsführer Fico übernimmt die Partei, aus der er kamt.....2

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

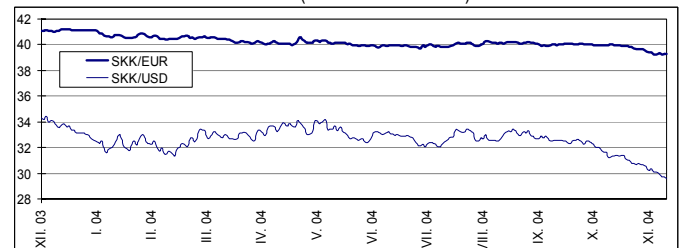
Das Parlament verabschiedete den Beginn von Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei.....2
Die Slowakei vernimmt die Lage in der Ukraine mit Sensibilität und unterstützt die demokratischen Kräfte.....2
Der Oppositionsführer Fico übernimmt die Partei, aus der er kam.....2

WIRTSCHAFT

Unternehmen und Umstrukturierung.....3
BIP3
Industrieproduktion und Handel3
Inflation3
Arbeitsmarkt3
Staatshaushalt4
Aussenhandel4
Zahlungsbilanz4
Ausländische Investitionen.....4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (XII. 2003 – XI. 2004)



Quelle: NBS

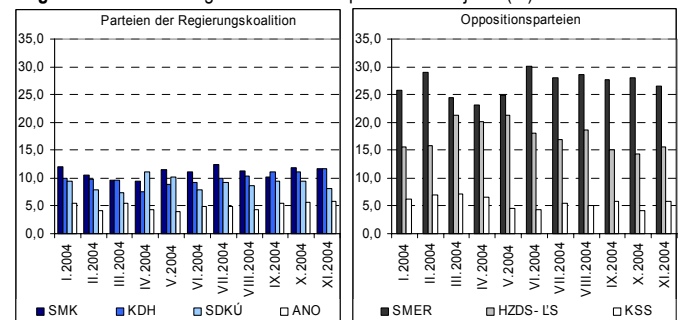
	2000	2001	2002	2003	2004*	2005*
BIP-Wachstumstempo**	2,0	3,8	4,4	4,2	5,2	5,4
Inflation (CPI)	12,0	7,1	3,3	8,5	7,5	3,9
Arbeitslosigkeit***	18,6	19,2	18,5	17,4	18,0	17,5
Ausland. Invest. (mill.USD)	2032	1190	3965	870	1200	1700
SKK/USD	46,2	48,3	45,3	36,8	32,0	31,5
SKK/EUR	42,6	43,3	42,7	41,5	40,2	40,0

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Diagramm 2: Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikan der Slowakischen Republik

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Vertragliche Bindung der Gewerkschaften an eine politische Partei gebannt

Auf überraschende Weise entschieden die Delegierten der Gewerkschaftskongress, dass die Konföderation der Gewerkschaftsverbände keine Zusammenarbeit mit der Oppositionspartei Smer aufnimmt. Eine solche Zusammenarbeit wurde nämlich von der Gewerkschaftsführung bereits im Frühling auf ihrer Tagung für die kommenden vier Jahre verabschiedet und es wurde erwartet, dass der Kongress dieses Vorhaben bestätigt. Die Folgen hätten für die Gewerkschaften fatal sein können: Eine vertragliche Bindung an eine konkrete politische Partei wäre eine derartige Politisierung von Gewerkschaften, die entschieden abzulehnen ist. Es ist hoch wahrscheinlich, dass die Bindung der KOZ (Konföderation der Gewerkschaftsverbände) an Smer eine scharfe ablehnende Reaktion der Regierung hervorrufen würde, sogar die Ablehnung jeglicher Kommunikation mit den Gewerkschaften. Die Regierung hat bereits längere Zeit die Politisierung der Gewerkschaften (zu Recht) kritisiert. Darüber hinaus würde dies eine ablehnende Haltung eines Teils der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer hervorrufen und ihre Anzahl würde noch rascher schrumpfen (die Mitgliederbasis der Gewerkschaften wird immer kleiner und zählt z.Z. etwa 560 tausend Personen, das ist ein Rückgang von 100 tausend Personen in zwei Jahren).

Ein Teil der Delegierten lehnte sich jedoch gegen das Vorhaben, sich an eine konkrete Oppositionspartei zu binden, geradezu auf und der Kongress lehnte diese Initiative der Führung ab. Smer beschuldigte die Gewerkschaften, den Drohungen der Regierung gewichen zu haben und sich eingeschüchtert gelassen zu haben. In den Gewerkschaften überwog schließlich eine rationale Überlegung: Es wurde der Zusammenarbeit mit nicht näher genannten programmatisch nahen Parteien der Vorzug gegeben.

Ein weiterer Finanzskandal rund um die SDKÚ

Die Koalitionspartei SDKÚ unter Leitung des Premierministers Mikuláš Dzurinda ist mit einem weiteren Finanzskandal konfrontiert. Nachdem im Frühjahr 2004 das Problem mit angeblichen fiktiven Parteispendern aufgekommen war, tauchte jetzt ein mysteriöses Subjekt auf, welches Verbindlichkeiten von 22 Millionen Sk auf sich nahm. Die Allianz zur Unterstützung des Fairplay (Nichtregierungsorganisation) bemerkte während ihrer Analyse der Jahresberichte politischer Parteien eine Transaktion, bei der irgendein Subjekt die Schulden der SDKÚ auf sich nahm. Es kann sich um eine verborgene Spende zugunsten der Partei handeln. Würde die Partei dieses Subjekt als Spender bezeichnen, dann müsste sie ihn benennen. Daher gewährte dieses Subjekt offiziell keine Spende, sondern „übernahm eine Verpflichtung“. Aus der Analyse des Jahresberichtes gingen strittige Sachen rund um weitere Spenden, Verkauf von Parteieigentum und Zahlungen für Dienstleistungen hervor. Trotz einer umfangreichen Berichterstattung der Probleme in den Medien lehnten es die Vertreter der SDKÚ ab, sich zur Sache zu äußern. Ein ähnlicher Skandal hatte der Partei Unannehmlichkeiten gerade in der ersten Runde der diesjährigen Präsidentenwahl verursacht.

Ein Schritt in Richtung Auseinandersetzung mit der Vergangenheit

Das Institut für nationales Gedächtnis veröffentlichte einen Teil der Archive der Staatssicherheit (Štátna bezpečnosť – ŠtB), des Machtinstrumentes der Kommunistischen Partei vor 1990. Es gehört zu verspäteten Prozess der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Laut

Vorsitzendem des Verwaltungsrates des Instituts Ján Langoš sei die Veröffentlichung der Archive einer der elementaren Schritte zum „Wandel der Diktatur in Demokratie, so wie es internationale Organisationen empfohlen“. Es gibt zwar, berechnete Befürchtungen vor Spannungen und Traumatisierung der Gesellschaft infolge einer Veröffentlichung solcher Archive. Laut des Instituts für nationales Gedächtnis sind einige ehemalige Funktionäre der ŠtB noch immer in den heutigen Sicherheitskräften tätig. Sofort nach Veröffentlichung der Listen erschienen Berichte über hochgestellte politische Vertreter, die auf diesen Listen aufscheinen. Es ist möglich, dass auch eine verspätete Veröffentlichung solcher Dokumente (welche fortgesetzt werden soll) Druck auf eine weitere Läuterung innerhalb der Machtstrukturen des Staates bewirkt.

Der Oppositionsführer Fico übernimmt die Partei, aus der er kam

Die laut Umfragen stärkste Oppositionspartei Smer verschlang die Partei der demokratischen Linken (SDL - Strana demokratickej ľavice), die in der vorangegangenen Legislaturperiode (1998-2002) Regierungspartei war, später jedoch ihren Niedergang erlebte und am Rande des politischen Geschehens existierte. Es ist unwahrscheinlich, dass durch diesen Schritt Smer noch stärker werden würde, da sich die Wählerbasis der SDL im Grunde genommen in anderen Parteien aufgelöst hatte (und deren Hauptteil bereits früher gerade Smer absorbierte). Smer, dessen Name nach dieser Akquisition in Smer – Sociálna demokracia (Sozialdemokratie) geändert wird, setzt somit die Politik der Übernahme kleinerer Linksparteien und aggressiver Selbstpräsentation als „Alternative gegenüber der heutigen rechtsgerichteten Regierung“ fort.

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

Das Parlament verabschiedete den Beginn von Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei

Das Parlament genehmigte die positive Haltung der Slowakei zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei, wobei er eine Verhandlungsweise unterstützte, aus der keine Verpflichtung der EU, die Türkei als Unionsmitglied aufzunehmen, folgt. Der Nationalrat der SR verabschiedete dabei einen Beschluss über die Anerkennung des Völkermordes an den Armenen 1915 (bei dem hunderttausende Armenen im Osmanenreich umkamen). Laut Außenminister Eduard Kukan hat die Türkei diesen Beschluss mit großer Entrüstung angenommen. Erklärungen über den Völkermord an den Armenen wurden bisher von wenigen europäischen Ländern beschlossen, einschließlich der französischen Nationalversammlung, wobei dies einen großen Widerstand der Türkei bewirkte. Eine ähnliche Resolution erwog 2000 auch der amerikanische Kongress, nach Drohungen türkischer Diplomatie nahm er hiervon Abstand.

Der Vorschlag des Parlaments- und KDH-Vorsitzenden Pavol Hrušovský, die Slowakei solle dem Verhandlungsbeginn der EU mit der Türkei nicht zustimmen, wurde von den Abgeordneten nicht unterstützt. Lediglich die Koalitionspartei KDH war grundsätzlich gegen den Verhandlungsbeginn mit der Türkei, weil (nach Worten ihres Vorsitzenden) sie

„gesellschaftlich, religiös und kulturell anderswo hingehört“.

Nach Ansicht des Staatspräsidenten der SR Ivan Gašparovič seien die Türkei und die Europäische Union zurzeit nicht für eine Integration vorbereitet. Über den Beginn von Beitrittsgesprächen der EU mit der Türkei entscheidet noch im Dezember der Europäische Rat auf dem EU-Gipfel.

Die Slowakei vernimmt die Lage in der Ukraine mit Sensibilität und unterstützt die demokratischen Kräfte

Das Parlament sprach den demokratischen Kräften in der Ukraine seine Unterstützung aus. Es konstatierte, dass die zuständigen Behörden die Wahlen nicht gemäß demokratischer Standards veranstalteten, wodurch das Recht der Bürger auf freie Präsidentenwahl verletzt wurde. Gleichzeitig betonte das Parlament das Bedürfnis, die Lage auf demokratische und gewaltfreie Art zu lösen. Der Nationalrat der SR brachte dies im Beschluss zum Ausdruck, der aufgrund verfügbarer Informationen von internationalen Institutionen, vor allem der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarates gefasst

wurde. Die slowakische Diplomatie vernimmt die Lage in ihrem östlichen Nachbarland mit Sensibilität, eine demokratische Entwicklung in der Ukraine ist auch im eminenten Interesse der Slowakei. Das Außenministerium ließ den ukrainischen Botschafter in Bratislava gemäß Vorgangsweise weiterer EU-Länder vorladen.

Die Slowakei ist im Teamvorsitz der EU in den Jahren 2016-17

Die Slowakei wird im Teamvorsitz der Europäischen Union gemeinsam mit der Niederlande und Malta in den Jahren 2016-17. Das haben die Botschafter der EU-Mitgliedsländer vorläufig vereinbart. Der Teamvorsitz der EU wird von der neuen europäischen Verfassung eingeführt, die bei erfolgreicher Ratifizierung im Herbst 2006 in Kraft tritt. Die Verfassung sieht vor, dass die Mitgliedsländer im Teamvorsitz einander gleichberechtigt abwechseln werden. Nach Diplomaten sollten die Teams geografisch und politisch ausgewogen sein und es sollen alte und neue Mitglieder, kleine und große sowie nördliche und südliche Länder kombiniert werden. Nachbarländer sollten im Team nach Möglichkeit nicht sein.

Unternehmen und Umstrukturierung

Eintritt Enels in die Slowakischen Elektrizitätswerke (Slovenské elektrárne) von Regierung beim 3. Versuch genehmigt

Die Regierung hat beim 3. Versuch die vertraglichen Dokumente über Verkauf von 66% der Aktien von Slovenské elektrárne (SE) an die italienische Gesellschaft Enel genehmigt. Der Regierungsentscheid verspätete sich wegen der vom Finanzminister und Justizminister erhobenen Einwände, im Augenblick steht wohl nichts mehr einer Erfüllung der Vorstellung von Wirtschaftsminister Pavol Rusko über die Unterzeichnung des Vertrags mit Enel bis Ende Jänner 2005 im Wege. Nach Abschluss der Transaktion sollte das Verhältnis in den Organen der SE wie folgt sein:

- im 7-köpfigen Vorstand sollten zwei Vertreter des Staates sein
- im 15-köpfigen Aufsichtsrat sollte der Staat ebenfalls durch zwei Mitglieder vertreten sein
- Für fest definierte Beschlüsse wird die Zustimmung der Staatsvertreter erforderlich sein. Zu diesen Beschlüssen gehören z.B. das Investitionsprogramm der SE, aber auch eventuelle Verträge mit Gesellschaften innerhalb der Investorengruppe. Es ist wahrscheinlich, dass die Regierung aus Fällen umstrittener Zahlungen für Beraterdienste durch einige privatisierte Unternehmen (z.B.

SPP) an andere Firmen innerhalb der Investorengruppe gelernt hat.

Enel verlangte einige gesetzliche Änderungen (z.B. muss sich die Gesetzeslage über die Tätigkeit des Staatsfonds kerntechnischer Anlagen ändern, damit dessen Ausgaben nicht für staatliche Hilfe im Sinne der EU-Vorschriften gehalten werden). Die Forderungen des Investors bei der Gesetzgebung sind bis zum Transaktionsabschluss, der Ende Juni stattfinden soll, zu erfüllen. Erst dann zahlt Enel den gesamten Kaufpreis (840 Mill. Euro). Bei Unterzeichnung der Transaktion erfolgt nur eine Anzahlung von 20% des Gesamtbetrags.

BIP

Das BiP-Wachstum hält sein glänzendes Niveau

Das BiP-Wachstum im dritten Quartal erreichte 5,3%. Es ist eine minimale Verlangsamung des Wachstums gegenüber den ersten zwei Quartalen. Genau nach Erwartungen ist die inländische Nachfrage zum Hauptwachstumsgenerator geworden, das Wachstum aller seiner Bestandteile wurde nämlich beschleunigt, während das Nettoexportergebnis merklich schlechter wurde. Das geschaffene BiP erreichte ein Volumen von 336,8 Mld. SKK in laufenden Preisen.

Hinsichtlich der BiP-Entstehung wurde die Struktur des Wachstums markant verbessert: Im Unterschied zu den ersten beiden Quartalen wird das Wachstum nicht mehr durch den realen Anstieg von Nettosteuern aus der Produktion (indirekte Steuern abzüglich Subventionen) gespeist, sondern durch einen starken Anstieg des Mehrwerts. Hinsichtlich seiner Verwendung fällt der Anstieg des Bruttokapitals (Beschleunigung bis auf 16,9%) auf. Der Anstieg des Verbrauchs der Haushalte wurde beschleunigt (auf 3,7%), auch bei einer weiteren Verlangsamung des Reallohnanstiegs (1,2%). Dies ist aber nur die Fortsetzung der Tendenz in den ersten beiden Quartalen, als die Ersparnisse der

Haushalte weniger wurden und deren Verschuldung gestiegen war.

Präzisierung der BiP-Resultate zusätzliche 2,5 Milliarden im ersten Halbjahr

Das Statistikamt der SR revidierte die Ergebnisse der Quartalsstaatskonten

beginnend mit dem Jahr 2002.

Im Rahmen der MWSt-

Aggregate gemäß Produktionsmethode erfolgten bedeutende Änderungen im Volumen von Nettosteuern auf Produkte (indirekte Steuern abzüglich Subventionen), im Finanzbereich und im Bereich Haushalte. Die Revision der auf Basis der Ausgabenmethode zusammengestellten MWSt-Aggregate wirkte sich erheblich auf die Resultate im Punkt Änderung der Vorräte (die sonstigen Aggregate wurden wenig beeinflusst) aus. Zu beachten ist die Tatsache, dass das Tempo des realen Wirtschaftswachstums

Tabelle 1: Ausgewählte Faktoren des Bruttoinlandsproduktes (Veränderungen zwischen den Jahren in %, stabile Preise, Methode ESA 95)

Kennzahl	2004			
	Jahr	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Bruttoinlandsprodukt	4,2	5,5	5,4	5,3
Privatkonsum	-0,6	3,0	2,8	3,7
Öffentlicher Verbrauch	2,9	-2,3	4,7	2,9
Bildung d. Fixen Bruttokapitals	-1,2	0,9	3,5	5,5
Export von Waren und Dienstleistungen	22,6	15,8	16,4	5,1
Import von Waren und Dienstleistungen	13,8	12,0	17,0	9,6

Quelle: Statistisches Amt der Slowakischen Republik

dadurch 2002 mäßig auf 4,6% gesteigert wurde (gegenüber den ursprünglichen 4,4%) und im Jahr 2003 auf 4,5% (vorher 4,2%) kletterte. Hinsichtlich der BiP-Produktion ist dies durch die Revision des realen Mehrwertwachstums auf 4,5% im Vergleich zu den ursprünglichen 4,0% erklärt, bei gleichzeitigem Zuwachs von Nettosteuern aus Produkten. Aufgrund der Revision stieg das BiP im 1. Halbjahr 2004 von 636,6 Mld. Sk auf 639,1 Mld. Sk, d.h. um 2,5 Mld. Sk in laufenden Preisen.

Industrieproduktion und Handel

Nach stetigem Rückgang expandiert der Brennstoffeinzelhandel

Die Produktion in der Industrie und im Bauwesen wuchs im September mit einem Tempo, das dem bisherigen Durchschnittswert ähnlich ist. Die industrielle Produktion erhöhte sich im September gegenüber demselben Monat des Jahres 2003 um 5%, davon der eigentliche Herstellungsprozess in der Industrie um 4,6%. Das zwischenjährige Produktionswachstum erreichte sein Maximum bei der Herstellung von Zellulose, Papier und Papierprodukten, im Verlagswesen und den Druckereien (39,3%).

In den neun Monaten war die Industrieproduktion um 5,1% höher als im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres, davon im eigentlichen industriellen Herstellungsprozess um 5,8%. Die Bauproduktion setzte das seit einigen Monaten beobachtete mäßige Wachstum fort – im September wurde ein Wachstum um 1,7% erreicht. In den neun Monaten war das Volumen der Bauproduktion um 1,9% höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Eine hervorragende Leistung wird jedoch weiterhin vom Einzelhandel geboten. Das

Einnahmewachstum des Einzelhandels erreichte 8,9% (in fixen Preisen). Die Einzelhandelseinnahmen weisen so seit den Frühlingsmonaten des Jahres 2004 ein ausgeglichenes und sehr hohes Wachstumstempo vor, das Mehrfache des Reallohnwachstumstempos. Dazu kommt die zwei Monate andauernde Einnahmexpansion bei den Treibstoffen (15,6% im September in fixen Preisen), die den stetigen Einnahmerrückgang in den ersten sieben Monaten des Jahres jedoch nur kompensiert.

Inflation

Rapider Rückgang der Inflationsrate: um 2,2 Prozentpunkte in 4 Monaten

Nach der zwischenmonatigen Stagnierung des Preisspiegels im September und Oktober kam es im November zur Senkung. Der Preisspiegel ist somit vier Monate hintereinander nicht gestiegen. Innerhalb des Zeitraums von Juli bis November sank daher die zwischenjährige Inflationsrate von 8,5% auf 6,3%. Die Inflationsrate sinkt somit rascher als es die Zentralbank

erwartete. Mit großer Wahrscheinlichkeit endet deren Jahresdurchschnittswert bei 7,6%.

Das vom Finanzministerium erarbeitete Konvergenzprogramm der SR rechnet für 2005 mit einer Inflationsrate von lediglich 3,3%. Folglich prognostiziert es einen Rückgang auf 2,8% im Jahr 2006 und 2,5% im Jahr 2007. Dies sollte die Erfüllung des Konvergenzkriteriums zur Annahme der gemeinsamen Währung

gewährleisten. Die von der Regierung skizzierte Entwicklung ist als ganz realistisch anzusehen, ohne Rücksicht darauf, dass wir bei den Schätzungen für 2005 einen konservativeren Blick behalten und einseitigen mit einer Inflationsrate von rund 3,5%-3,9% rechnen (der konservative Blickpunkt folgt beispielsweise daraus, dass die Anpassungen einiger geregelter Preise umfangreicher erscheinen als vorher angenommen).

Arbeitsmarkt

Es gibt ein Beschäftigungswachstum

Die mittels Auswählerhebung der Arbeitskräfte ermittelten Angaben über den Arbeitsmarkt für das dritte Quartal sehen optimistischer (oder zumindest

weniger pessimistisch) aus als die Angaben über die ersten zwei Quartale. Das erneute Beschäftigungswachstum ist ein positives Signal (zwischenjähriges Wachstum um 0,6%, d.h. um

14-tausend Personen). Das Wachstumstempo des Mehrwerts stieg auf etwa das Dreifache des Wertes im ersten Halbjahr, begleitet durch die Wende im Beschäftigungsrückgang in Richtung Wachstum.

Bemerkenswert ist der Anstieg der Anzahl der Industriebeschäftigten, der zwischenjährig fast 20-tausend Personen beträgt.

Die Arbeitslosenrate blieb jedoch hoch, das Niveau von 17,5% bedeutet zwar einen Rückgang um eineinhalb Prozentpunkte im Vergleich zum zweiten Quartal, zwischenjährig ist es jedoch gleichfalls ein Anstieg um einen halben Prozentpunkt. Zum Vergleich: Innerhalb desselben Zeitraums wiesen Arbeitsämter eine Arbeitslosenrate von 13,3% aus (d.h. einen Unterschied von 4,2 Prozentpunkten). Der Unterschied zwischen den beiden Arbeitslosenraten, auf den wir wiederholt hingewiesen hatten, wächst also weiter an.

Staatshaushalt

Der Staatshaushalt endete im November mit einem Defizit von 34,077 Mrd. Sk, 43,41% des Jahresplans.

Die öffentliche Verschuldung erreichte im 3. Q. 2004 eine Höhe von 582,53 Mrd. Sk, eine Erhöhung um 5,6% seit Jahresbeginn 2004.

Der Nationalrat der SR verabschiedete das Budget für 2005

Der Nationalrat der SR verabschiedete am 9. Dezember 2004 das Gesetz über das Staatsbudget für

2005 und nahm den Haushalt der öffentlichen Verwaltung für die Jahre 2005-2007 zur Kenntnis. Das Gesetz über das Staatsbudget für 2005 wurde von allen Koalitions- und 13 unabhängigen Abgeordneten unterstützt. Der Regierungskoalition ist es gelungen, das Defizit der öffentlichen Verwaltung auf einem Niveau von 3,4% des BIP ohne Einbeziehung der Kosten für die Rentenreform und das Staatshaushaltsdefizit auf 61,5 Mrd. Sk zu halten.

Das Staatsbudget wird Einnahmen von 258,55 Mrd. Sk und Ausgaben von 320,079 Mrd. Sk verwalten. Es ist damit gelungen, den Prozess eines nachhaltigen und gesunden Zustands öffentlicher Finanzen mit dem Ziel zu starten, ein Defizit öffentlicher Finanzen im Jahr 2007 unter 3% des BIP zu erreichen und den Euro im Jahr 2009 einzuführen.

Aussenhandel

Septemberdefizit auf akzeptablem Niveau

Die Arbeitslosenrate erreicht den unteren Knickpunkt, im September und Oktober ist das Niveau immer am niedrigsten. Im September erreichte die registrierte Arbeitslosenrate laut Arbeitsämtern 13,1%, um 0,7% weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Es ist wahrscheinlich, dass im Oktober die Arbeitslosenrate noch ein wenig sinkt und das Niveau von 13% oder noch weniger erreichen kann.

Aufgrund der Entwicklung der monatlichen Beschäftigungsindizes in ausgewählten Branchen ist mit großer Vorsicht von der Annahme auszugehen, dass die Beschäftigungsentwicklung im dritten Quartal etwas günstiger sein könne als im ersten und zweiten Quartal (als die Beschäftigung um 0,1%, bzw. um 0,8% sank). In den Juli- und Augustangaben ist eine mäßige Verbesserung in

der Beschäftigungsentwicklung in der Industrie, im Groß- und Einzelhandel sowie im Bereich Immobilien, Vermietung und Handelsdienstleistungen zu sehen. Trotzdem gestatten die kumulierten Resultate der ersten acht Monate keinerlei Möglichkeit für mehr Optimismus. Wahrscheinliches Ergebnis in puncto Beschäftigungswachstum im Gesamtjahr 2004 wird ein an die Null grenzender Wert sein.

Zahlungsbilanz

Im September wiesen alle Bestandteile des laufenden Kontos ein Defizit aus. In 3 Quartalen von 2004 erreichte das Gesamtdefizit bereits 35,2 Mrd. Sk (1,07 Mrd. USD); dadurch kehrte es genau auf den Vorjahreswert zurück.

Trotz eines deutlichen Anstiegs des Handelsbilanzdefizits und des Defizits des laufenden Kontos gibt es momentan keinen Grund zur Beunruhigung. Dieses Defizit ist nämlich weiterhin

durch den Überschuss des Kapital- und Finanzkontos ausreichend gedeckt. Die Angaben über seine Werte sind im Vergleich zu den Angaben über das laufende Konto um einen Monat verspätet, sodass wir zum Zeitpunkt der Vorbereitung dieser Ausgabe die Augustzahlen zur Verfügung hatten. Aus diesen geht ein Überschuss des Kapital- und Finanzkontos in Höhe von 57,8 Mrd. Sk hervor, während das

Defizit des laufenden Kontos Ende August 25,2 Mrd. Sk erreichte. Der Überschuss des Finanzkontos wurde etwa im gleichen Maß vom Zufluss von Direkt- und Portfolioinvestitionen (besonders dank der Emissionen ausländischer Euroanleihen und dem Einkauf staatlicher Schuldscheine durch Personen mit Sitz im Ausland) gebildet.

Ausländische Investitionen

DAI in 3 Quartalen erreichen 712 Mill. USD

Ungewohnt früh teilte die Nationalbank der Slowakei Angaben über den Zufluss direkter Auslandsinvestitionen (DAI) innerhalb von 3 Quartalen des Jahres 2004 mit. Danach investierten Auslandsunternehmen 23,4 Mrd. Sk (712 Mill. USD) in Form von Stammkapital und wieder angelegtem Profit. Im 3. Quartal erreichte somit der Zufluss von DAI nur etwas mehr als 3 Mrd. Sk, wobei diese in eines der Projekte im Land Bratislava floss. Aus Branchensicht war praktisch dieser gesamte Wert in die verarbeitende Industrie gerichtet.

2003 und 2004 hält die Slowakei trotz eines nominellen Rückgangs von DAI gegenüber dem Rekordjahr 2002 (2002 – 3965 Mill. USD, 2003 – 870 Mill. USD) Rang 2 unter den V4 Ländern beim Kapitalzufluss im Verhältnis zum BIP (Diagramm 3).

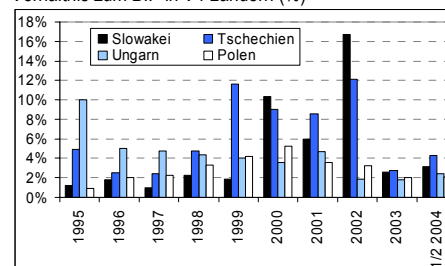
In den Osten kommt ein großer Automobilbetrieb

Eine positive Nachricht für die weitere Entwicklung der Automobilindustrie in der Slowakei und besonders für die Ostslowakei ist der Plan der Firma Getrag-Ford

Transmissions GmbH (GFM), des gemeinsamen Unternehmens der Automobilfabrik Ford Europe und der deutschen Maschinenbaugesellschaft Getrag, in der Slowakei zu investieren. Das Investitionsvorhaben besteht im Ausbau eines Betriebs des gemeinsamen Unternehmens mit der Firma Zahnradfabrik Hermann Hagenmeyer GmbH & Cie KG (ZHH) zur Herstellung von Getrieben im Industriepark Kechnec. Das Investitionsprojekt im Wert von 300 Mill. Euro sollte nach dem geplanten Produktionsbeginn 2007 Jahreseinnahmen von 300 bis 400 Mill. Euro produzieren und 1000 direkte Arbeitsplätze sowie 1000 bis 1500 weitere Stellen bei Nachlieferanten entstehen lassen. Dieses Projekt wird die bisher größte Auslandsinvestition „auf grüner Wiese“ in der Ostslowakei sein. Während GFM einen neuen Typ von Automobilgetrieben produzieren wird, plant ZHH die jetzige Herstellung von Motorradgetrieben in die Slowakei zu transferieren.

Das Investitionsvorhaben wurde de facto offiziell, nachdem Vertreter des Investors und des Wirtschaftsministeriums am 2. Dezember ein Memorandum über Verständigung unterzeichneten.

Diagramm 3: Zufluss direkter Auslandsinvestitionen im Verhältnis zum BIP in V4 Ländern (%)



Quelle: NBS, Česká národní banka, Narodowy Bank Polski, Magyar Nemzeti Bank

Tabelle 2: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Löhne

Kennzahl		2003	2004		
		Jahr	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Anzahl beschäftigter Personen	In Tausend	2164,6	2128,8	2151,9	2200,9
Anzahl beschäftigter Personen	Vergangenes Jahr = 100	101,8	99,9	99,2	100,6
Arbeitslosenrate	%	17,4	19,3	18,5	17,5
Durchschnittlicher Monatslohn	Sk	14365	14541	15472	15299
Durchschnittlicher Monatslohn	Vergangenes Jahr = 100	106,3	111,2	109,6	108,8
Reallohnwachstum	%	-2,0	2,7	1,3	1,2

Anmerkung: Die Angaben wurden einer Auswählerhebung von Arbeitskräften entnommen.

Quelle: Statistisches Amt der Slowakischen Republik